

45/10

Godorfer Hafen / BUND konkretisiert Vorwürfe

Weiter Verdacht auf Betrug und Untreue - BUND mit neuer Strafanzeige gegen die HGK.

Düsseldorf, 25.06.2010 - Der Vorsitzende des nordrheinwestfälischen Landesverbandes des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Paul Kröfges, hat heute erneut Strafanzeige gegen den Vorstand der HGK Köln wegen des Verdachts auf Subventionsbetrug und Untreue bei der Kölner Staatsanwaltschaft eingereicht.

Nachdem die Strafanzeige aus April 2010 nicht zu ausreichender Aufklärung durch die Kölner Behörde führte, haben BUND und die Aktionsgemeinschaft gegen den Hafenausbau weiter recherchiert und den Verdacht erhärten können, dass die HGK ein falsches Spiel mit Stadtrat und Behörden treibt.

Paul Kröfges: „Die Doppelzüngigkeit und Dreistigkeit der Kölner Hafenmanager ist kaum zu überbieten. Dem Kölner Rat gegenüber wurde auf Basis des Gutachtens von Prof Baum eine hohe Rentabilität vorgerechnet, wobei ausdrücklich auf das Betreibermodell für den profitablen Containerumschlag hingewiesen wurde, das man in Godorf umsetzen werde. Gegenüber der Wasser- und Schifffahrtsbehörde als Subventionsgeber hat man sich dagegen arm gerechnet, indem offensichtlich das wenig lukrative Vermietungsmodell den Berechnungen für die Subventionserlangung zugrunde gelegt wurde.“

Dies in voller Absicht, da als Voraussetzung für die Gewährung der Subventionen in der Größenordnung von 30 Millionen EURO eben eine geringe Rentabilität des Projektes nachgewiesen werden musste. Damit wurden der Subventionsbehörde falsche Tatsachen vorgespiegelt, d.h., diese wurde betrogen. Statt des profitträchtigen Betreibermodells, also einer aktiven gewerblichen Tätigkeit, die die HGK in Godorf erklärtermaßen beabsichtigt, wurde das eher unrentable Vermietungsmodell vorgegaukelt. Kröfges: „Dieser Betrug ist umso bitterer, als es hier um erhebliche Summen öffentlichen Geldes geht. Überall muss gespart werden, da ist vor allem Missbrauch von Subventionen für wirtschaftlich lukrative Geschäftsmodelle zu verhindern. Dies ist Veruntreuung öffentlicher Gelder.“

Der BUND fordert die Kölner Staatsanwaltschaft auf, jetzt endlich reinen Tisch zu machen und das Lügengebäude der HGK einzureißen. Es ist eine Zumutung für den Rechtsstaat, wenn weiterhin in Köln städtische Gesellschaften im Verein mit Kommunalpolitikern der Mehrheitsfraktionen Schindluder mit öffentlichen Geldern treiben.

Auf Grund der besonderen Situation und den Erfahrungen in Köln wird der BUND diese Strafanzeige mit allen Unterlagen auch bei anderen Institutionen, insbesondere auf Bundes- und Europaebene einreichen.

Pressekontakt: Paul Kröfges, mobil: 0173 / 27 94 489